

November 14, 1979

**Letter by the Chairman of the SPD, Brandt, to the
General Secretary of the CC of the CPSU, Brezhnev**

Citation:

"Letter by the Chairman of the SPD, Brandt, to the General Secretary of the CC of the CPSU, Brezhnev", November 14, 1979, Wilson Center Digital Archive, Friedrich Ebert Foundation, Archives of Social Democracy, Willy Brandt Archive, A 9, 7. Published in: Berliner Ausgabe, vol. 9 English translation: Dwight E. Langston. Included in CWIHP e-Dossier #22. <https://wilson-center-digital-archive.dvincitest.com/document/112714>

Summary:

Willy Brandt writes to Leonid Brezhnev about SALT II and tensions between the U.S. and USSR over missile placement in Europe. Brandt ask to start a dialog for exchange of ideas and to found a common ground for international development, involving Russians.

Original Language:

German

Contents:

Original Scan

Translation - English

WILLY BRANDT
VORSITZENDER DER SPD

53 BONN · OLLENHAUERSTRASSE 1
ERICH-OLLENHAUER-HAUS
TELEFON: 532 309

14. November 1979

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

zunächst möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß Sie es für richtig gehalten haben, unseren Meinungs-
tausch wieder aufzunehmen. Ich finde in Ihren Zeilen die Sorge, daß die Entwicklung in eine falsche Richtung laufen könnte und den Wunsch, das zu verhindern. Ich teile Ihre Sorge und teile Ihren Wunsch.

Meine Antwort erfolgt in der freimütigen und freundschaftlichen Offenheit, ohne die wir nicht jenes Verhältnis zwischen unseren Staaten hätten entwickeln können, das es zu bewahren und auszubauen gilt.

Natürlich ist Ihnen klar, über welchen Vorsprung an Informationen Sie an der Spitze einer Weltmacht verfügen, verglichen mit mir, der ich nicht mehr unmittelbare Regierungsverantwortung in meinem Land trage. Aber vielleicht kann ich gerade aus meiner heutigen Stellung, unverändert für die Fortsetzung unseres Werkes engagiert und an wichtigen Fragen der Weltentwicklung nicht beteiligt, etwas dazu beitragen, daß die Dinge nicht in die falsche Richtung laufen. Ich tue das ohne das Wissen um viele technische Einzelheiten der Waffenentwicklung, über das Sie und andere verfügen, das wichtig ist, das aber nicht entscheidend und bestimmend sein darf, wenn die Staatsmänner nicht zu Oberexperten werden wollen.

Die Lage erscheint verwirrend: Die Amerikaner sagen uns, sie brauchten nach SALT II im Interesse der wachsenden Überlegenheit der Sowjetunion auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen ein Gegengewicht, und unsere Stellung im Bündnis ist so, daß wir uns dem kaum entziehen können. Ihr Land sagt uns, daß es keine Überlegenheit habe und auch nicht erreichen wolle. Ich glaube, Ihr Land hat eine konventionelle Überlegenheit. Ich glaube, Ihr Land sammelt eine

Überlegenheit auf dem Gebiet der Mittelstreckenraketen an, auf dem der Westen nachhinkt, was er nicht will.

Ich finde nichts dem Argument entgegenzusetzen, daß die Sowjetunion mit dem Bau der SS 20 und dem hier "Backfire" genannten Bomber das erzielte Gleichgewicht zu ihren Gunsten verändert. Ich bin ein überzeugter Anhänger der These, daß es nur gemeinsam Sicherheit gibt, daß eine Partnerschaft der Sicherheit entwickelt werden muß und daß die Schaffung von Ungleichgewichten das verhindert.

Ich finde wenig dem Argument entgegenzusetzen, daß der Westen mit seinen neuen Plänen nicht nur gleichziehen würde, sondern sich zusätzliche Sicherheit schaffen könnte, wenn sie zur Gänze zur Ausführung kämen - was die Sowjetunion nicht akzeptieren würde.

Wir stehen also vor der Gefahr einer neuen Drehung an der Rüstungsschraube, die nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Unsicherheit schaffen kann, aber vor allem dazu führen kann, daß wir vor lauter Überlegungen, die sich auf unsere militärische Sicherheit voreinander beziehen, vergessen, daß wir die Zusammenarbeit miteinander entwickeln müssen. Wir schaffen auf beiden Seiten so nicht mehr Vertrauen, sondern Mißtrauen. Das darf nicht unsere Zukunft sein. Wer das verhindern will, muß darauf drängen, daß sich beide Seiten an den Tisch setzen, damit alles auf den Tisch kommt, was beide Seiten haben.

Ich sehe, daß Sie das wollen. Der Westen will das auch. Dabei verkenne ich überhaupt nicht, daß es im Westen Kreise geben mag, die bei dieser Gelegenheit eine neue Überlegenheit über die Sowjetunion anstreben oder die gar nicht ernst zu einem Ergebnis kommen wollen oder die davon profitieren, wenn die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau schlechter werden. Diese Kreise kann ich nicht wegzaubern; man darf vor ihnen nicht kapitulieren. Ich bin der Auffassung, daß nichts an Verhandlungen vorbeiführt.

Sie haben interessante und wichtige Vorschläge des guten Willens in Berlin gemacht und sie später ergänzt und präzisieren lassen. Sie haben damit mehr in Bewegung gebracht, als manche sowjetische Äußerungen wahrhaben wollen. Die geplanten westlichen Beschlüsse werden davon nicht unbeeinflusst bleiben. Sie kennen meine Stellungnahme und die meiner Partei zu diesem Komplex. Ich füge hier hinzu: Einseitige Maßnahmen können auch einseitig wieder zurückgenommen werden; die Angebote zu Verhandlungen müssen wahrgenommen werden. Ich bin froh, daß der Bundeskanzler ebenfalls ein einseitiges Angebot gemacht hat. 1000 nukleare Sprengköpfe sind wohl zu vergleichen mit 1000 Panzern und 20 000 Mann. Natürlich können beide Seiten sagen, es handele sich wohl nicht um das neueste Material. Aber was soll das? Es zeigt sich doch, daß jede Seite unterschiedliche Überlegenheiten hat, die sie ohne Gefahr für die eigene Sicherheit reduzieren kann. Aber auch von daher ergibt sich: Nichts führt an Verhandlungen vorbei und nichts kann völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen ersetzen.

Ich möchte mich nicht mit der Entwicklung auseinandersetzen, die zu dieser Situation geführt hat, weil das nicht weiterbringt. Ich kann Fehler auf unserer Seite ebenso wenig ausschließen wie Fehler auf Ihrer Seite. Alles muß darauf konzentriert werden, die Situation nüchtern zu betrachten und die Entwicklung in die richtige Richtung zu lenken. Was ist nüchtern? Die NATO wird am 12. Dezember beschließen; aber dadurch werden für bestimmt drei bis vier Jahre noch keine neuen Waffen stationiert. Ich habe mit Aufmerksamkeit gelesen, daß Sie in Ihrer Berliner Rede das Gewicht auf die Stationierung gelegt haben. Das ist auch das Wichtige. Also gilt es, diese Zeit zu nutzen.

Auch dabei kalkuliere ich ein, daß einige nur ein Ergebnis für möglich halten, das ähnlich wie bei SALT auch für das Gebiet der sogenannten euro-strategischen Waffen ein Gleichgewicht vereinbart, das für den Westen etwas Zusätzliches zur heutigen Lage bedeuten würde. Ich sage offen, ich wäre über ein solches

Ergebnis nicht begeistert, aber es wäre immerhin ein gemeinsames Ergebnis. Damit könnte man leben. Besser wäre und erstrebenswert ist ein Ergebnis, das auf westlicher Seite keine zusätzlichen Mittelstreckenraketen bringt. Das erfordert auf Ihrer Seite entsprechendes. Nicht nur meine sowjetischen, sondern auch andere Gesprächspartner bezweifeln, ob es realistisch ist, solche Waffen erst zu produzieren, aber dann nicht zu stationieren. Aber gerade das müssen wir versuchen, gerade auch wegen des globalen Gleichgewichts, auf das Sie hinweisen und dessen ungebrochene Erhaltung ich wichtig finde. Ob es gelingt, zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen mit einem Gleichgewicht der Sicherheit und keinen neuen Raketen auf westlicher Seite, hängt in großem Maße von Ihrer Seite ab.

Wir können wenig gegen unsere amerikanischen Verbündeten einwenden, solange sie sich auf die weiterlaufende sowjetische Produktion berufen können. Ich fühle mich bei dem erzielten relativen Gleichgewicht sicher und brauche keine Raketen, die von hier aus sowjetisches Territorium erreichen könnten. Aber um die Stationierung solcher Raketen zu verhindern, brauche ich die Sicherheit, daß auf sowjetischer Seite das bestehende Gleichgewicht nicht weiter einseitig verändert wird.

Die SPD hat an ihrer Haltung und ihrem Willen zu keinem Zeitpunkt einen Zweifel aufkommen lassen. Der Vorstand hat zur Außenpolitik und zur Sicherheitspolitik Entschlüsse vorbereitet, die eindeutig sind und die auf unserem bevorstehenden Parteitag sicher angenommen werden. Sie werden diese Passagen sicher unmittelbar vorgelegt bekommen. Die SPD bekräftigt die Politik der Verträge, die zentrale Bedeutung unseres Verhältnisses zur Sowjetunion, den Ausbau unserer langfristigen Zusammenarbeit und die bei Ihrem Besuch vereinbarte Erklärung, daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt und annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreicht. Zu den Fragen der Sicherheitspolitik wird der Parteitag wahrscheinlich den Hamburger Beschluß zur Neutronenwaffe bestätigen, und im übrigen ist vorgeschlagen, daß es zum Thema der Mittelstreckenraketen keine Automatismen geben darf. Der Gang der Verhandlungen und die

erwarteten Ergebnisse müssen es jederzeit möglich machen, Beschlüsse zu überprüfen und zu revidieren. Aus diesen Gründen soll die Bundesregierung einem solchen Beschluß nur unter der Bedingung zustimmen, daß auf die Einführung solcher Waffen verzichtet wird, wenn Rüstungskontrollverhandlungen zu befriedigenden Ergebnissen kommen. Ziel der Verhandlungen ist nach unserer Auffassung, die Einführung zusätzlicher Mittelstreckenwaffen in Mitteleuropa überflüssig zu machen. Mit anderen Worten: die SPD will unter Berücksichtigung der Bündnisverpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland und der Notwendigkeit, die Bundesregierung zu unterstützen, auch und gerade im Wahljahr die Politik der friedlichen Zusammenarbeit mit den Völkern Osteuropas fortsetzen; aber dazu braucht sie Partner.

Sie haben auf den Besuch meiner Freunde aus der Sozialistischen Internationale hingewiesen. Es hat besondere Beachtung gefunden, daß Sie sich die Zeit genommen haben, die Delegation zu empfangen. Wir haben einen Bericht in Lissabon entgegen genommen und beschlossen, daß der Kongreß im Herbst des nächsten Jahres sich zentral mit dem Thema der Abrüstung und Rüstungskontrolle beschäftigen wird. Vorher schon werden sich die Parteiführer Anfang Februar in Wien damit befassen. Die Überzeugung wächst, daß die steigenden Ausgaben, im Osten wie im Westen, für Rüstungen wirtschaftlicher Unsinn und angesichts der Probleme, vor denen die Menschheit steht, kaum zu verantworten sind. Daraus muß man Konsequenzen ziehen.

Wiederum ergibt sich: die notwendigen Verhandlungen müssen stattfinden. Ihre Befürchtung, sie sollten nach dem Dezember-Beschluß der NATO von einer "Position der Stärke" her geführt werden, halte ich nicht für gerechtfertigt. Praktisch wird der NATO-Beschluß bedeuten, daß nicht allein die Sowjetunion weiter produziert, sondern die Vereinigten Staaten auch. Wenn Sie in der Lage gewesen wären, einen einseitigen Produktionsstopp zu verkünden, wäre m. E. der beabsichtigte Dezember-Beschluß der NATO nicht weiter verfolgt worden. Aber neben allen

Blatt 6

anderen Momenten sehe ich in Ihrer wie in der westlichen Haltung auch den Wunsch, nichts zu tun, was die Ratifizierung von SALT II stören könnte. Daß mit den vier Jahren, die zwischen Produktionsbeschluß und Stationierungsmöglichkeit liegen, ein gewisser Zeitdruck für die Verhandlungen entsteht, begrüße ich. Er wirkt auf beide Seiten und sollte positiv genutzt werden, zumal bei Verhandlungsfortschritten immer die Möglichkeit besteht, sich gemeinsam weitere Zeit zu verschaffen.

Ich halte es für sehr wichtig, daß die Zeit genutzt wird. Damit meine ich: das nächste Jahr darf nicht wegen der Wahlen in den USA und in meinem Land verloren gehen. Das bedeutet praktisch, daß man die ersten Monate des nächsten Jahres nicht verstreichen lassen darf, ohne die Vorbereitung von Verhandlungen zu beginnen, an denen wir höchstes Interesse haben, auch wenn wir nicht über atomare Waffen verfügen und auch nicht verfügen wollen.

Ich habe Ihnen in aller Offenheit dargelegt, wie ich die Lage beurteile. Sie werden daraus sehen, daß ich Ihr Bestreben teile, Europa vor Rückfällen in sinnlose Spannungen zu bewahren. Ich glaube, daß das möglich ist. Wenn ich es nicht für möglich hielte, die Linie mit Aussicht auf Erfolg zu verfolgen, die ich dargelegt habe, würde ich Sie nicht täuschen wollen.

In aller Aufrichtigkeit.

Mit freundlichen Grüßen



An den
Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR und
Generalsekretär des Zentralkomitee der KPdSU
Herrn Leonid I. Breshnew

M o s k a u